

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaschutzzusagen einhalten – An Zielen für 2020 festhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimaschutz darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Nichthandeln beim Klimaschutz ist angesichts der sich weltweit zuspitzenden Klimakrise unverantwortlich. Zugleich ist es ein Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, wenn wir nicht zügig ernsthaften Klimaschutz bei uns betreiben. Mit dem Pariser Klimaabkommen haben sich die Staaten der Erde vertraglich dazu verpflichtet, die globale Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und ihre Treibhausgasemissionen auf netto null zu senken. In vielen Regionen der Erde wird bereits gehandelt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien boomt weltweit, die globalen Investitionen in grüne Technologien wachsen stetig an. Anders in Deutschland. Hier wird der Ausbau der Erneuerbaren gebremst, die Kohleindustrie geschützt und die Verkehrswende blockiert. In der Konsequenz sind die Treibhausgasmissionen in den letzten Jahren nicht zurückgegangen. Das sendet ein verheerendes Signal an die anderen Staaten der Erde. Derzeit steuert die Erde auf eine Erhitzung von weit über 2 Grad Celsius zu mit der Gefahr Kipppunkte zu erreichen, bei denen sich die Klimakrise selbst verschärft.

Dabei macht Klimaschutz unsere Wirtschaft unabhängig von Rohstoffimporten, schafft Wertschöpfung und zukunftsfähige Beschäftigung im Land. Er vermeidet die weitere Belastung kommender Generationen durch die Hinterlassenschaften des Bergbaus und volkswirtschaftlich zu erbringende Klimaanpassungskosten. Die Entwicklung von erneuerbaren Technologien und der erfolgreiche Ausbau entsprechender Anlagen in Deutschland hat gezeigt, wie erfolgreich Klimaschutz als Treiber für eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft wirkt. So kann Ökostrom heute bereits billiger erzeugt werden als fossiler oder atomarer.

Deutschland war lange Zeit ein Vorreiter bei den internationalen Klimaschutzbemühungen und hat mit dazu beigetragen, dass internationale Vereinbarungen wie zuletzt das Pariser Abkommen zustande gekommen sind. Grundlage dafür war seine Glaubwürdigkeit. Das vor über zehn Jahren von der Bundesregierung beschlossene Ziel, die nationalen CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu senken, war und ist ein Meilenstein auch für die internationalen Abkommen. Die Verfehlung des Ziels wäre nicht nur ein enormer klimapolitischer Rückschlag, er würde auch der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung großen Schaden zufügen.

Klimaziele sind keine beliebige Größe, die man hin- und herschieben kann und bei denen es am Ende nicht auf ein paar Jahre mehr oder weniger ankommt. Der gesamten

Menschheit steht, wenn überhaupt, nur noch ein äußerst knappes Budget von allernhöchstens 1.000 Gigatonnen Kohlendioxid zur Verfügung. An diesem Budget orientieren sich die Klimaziele. Denn wenn wir dieses Limit überschreiten, werden wir eine gefährliche und unkontrollierbare Klimakatastrophe kaum mehr abwenden können. Wird das 2020-Ziel nicht geschafft, wird es nicht nur schwieriger, das 2030-Ziel zu erreichen, sondern dieses muss dann entsprechend noch ehrgeiziger ausfallen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dem Erreichen des nationalen Klimaschutzziels, einer Minderung der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis zum Jahr 2020, höchste Priorität einzuräumen;
- durch die für die Zielerreichung nötigen Klimaschutzmaßnahmen die ökologische Modernisierung Deutschlands voranzutreiben und sich im globalen Wettbewerb um die Technologien von morgen gut aufzustellen. Das bedeutet, dass
 - noch vor 2020 die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke endgültig stillgelegt werden,
 - ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung gesetzlich verankert wird, der die notwendige Minderung der Treibhausgasemissionen sicherstellt, um die nationalen Klimaschutzziele sicher zu erreichen und die Verpflichtung im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen,
 - unverzüglich der Ausbau der erneuerbaren Energien analog zu den Klimazielen beschleunigt und die gesetzliche Deckelung von Ökostrom gestrichen wird,
 - ein Aktionsplan Faire Wärme beschlossen und umgesetzt wird, um den großen Anteil am Energieverbrauch für die Wärmeerzeugung sozial verträglich zu senken und die Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien umzustellen,
 - mit einer konsequenten Energieeffizienzpolitik zusätzliche Klimaschutzpotentiale gehoben werden,
 - ein nationales Klimaschutzgesetz verabschiedet wird, das die nationalen Klimaschutzziele und deren Einhaltung rechtlich verbindlich macht,
 - eine Verkehrs- und Agrarwende eingeleitet wird, damit alle Sektoren ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Berlin, den 16. Januar 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Das Jahr 2017 war global das drittwärmste jemals gemessene Jahr. Zuvor waren schon die Jahre 2014, 2015 und 2016 drei Jahre mit Temperaturrekorden in Folge, in denen nacheinander die höchste globale Durchschnittstemperatur gemessen wurde. So eine Abfolge hat es noch nie zuvor gegeben. In einigen Teilen der Welt kletterte das Thermometer zeitweise auf 50 Grad Celsius und mehr. Mehr als 90 Milliarden Euro hat die Klimakrise allein in Deutschland zwischen 1970 bis 2014 an volkswirtschaftlichem Schaden verursacht. Das Jahr 2017 brachte auch in dieser Hinsicht traurige neue Rekorde. Verheerende Wirbelstürme, Gewitter und Starkregen machten das Jahr zum bislang teuersten für die Versicherungen weltweit. Auch Deutschland war unter anderem durch die Orkane „Xavier“ und „Herwart“, aber auch durch die plötzliche Rückkehr von Frost Ende April von Wetterextremen betroffen. Bereits im Jahr 2007 hat sich die Bundesregierung im Integrierten Energie- und Klimaprogramm zum 40-prozentigen Reduktionsziel für 2020 bekannt. Die nachfolgenden Bundesregierungen haben das 2020-Klimaziel auch stets bestätigt. Dieses Ziel ist zugleich Teil des europäischen Klimaziels für das Jahr 2020. Die Europäische Union wiederum hat sich im Rahmen der 2. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Klimaschutzprotokolls dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken (bezogen auf das Jahr 1990). Der deutsche Anteil, den Deutschland daran bringen soll, entspricht einer nationalen Minderungsanforderung von rund 34 Prozent gegenüber 1990. Davon sind aber wenige Jahre vor Ablauf der Frist gerade einmal 27,6 Prozent. Es ist daher höchste Zeit, dass wir bis 2020 noch wirksame Klimaschutzmaßnahmen umsetzen.

